„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Zehn Jahre Versailles.

Das deutsche Volk hüllt sich in Trauer. Empfindet es doch am zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Diktates tiefer und schmerzlicher die Schmach, die ihm angetan wurde, als es unter dem unsagbar bitteren Drucke ausländischer Militärgewalt ein ungerechtes Schuldokument anerkennen mußte. Untätige und melancholische Trauer würde aber dem regen und rührigen deutschen Geiste nicht entsprechen. So wächst aus der Trauerstimmung flammender Protest empor und die Forderung von drei Millionen Mitgliedern des Kyffhäuser-Bundes, der größten Kriegsteilnehmerorganisation der Welt, die deutsche Regierung möge die Streichung des Kriegsschuldparagraphen aus dem Versailler Vertrag beantragen.

Nur wenige Canadier haben eine blasse Ahnung davon, mit welcher Erbitterung in europäischen Ländern und namentlich in Deutschland der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge geführt wird. Kein Deutscher, ganz gleich welchen Standes er ist und welcher Partei er angehört, anerkennt die alleinige oder hauptsächliche Verantwortung der Mittelmächte für den Ausbruch des Weltkrieges. Die Frage, die dem Deutschlandreisenden immer und immer wieder vorgelegt wird, lautet: „Wie stellt sich Ihr Land zur Kriegsschuldfrage und was geschieht dort zur Bekämpfung der Kriegsschuldlüge?" In Zeitungsartikeln, in wissenschaftlichen und volkstümlich gehaltenen Büchern und in Massenversammlungen wird die Frage mit echt deutscher Gründlichkeit behandelt. Die Reichsregierung wird mit Resolutionen und Petitionen, welche alle die Revision des Versailler Vertrages fordern, förmlich überschwemmt. Wohl nirgends wurde die Frage der Kriegsursachen und der Kriegsschuld mit so viel Eifer und Hingabe studiert wie gerade in Deutschland. Dabei ging man aber keineswegs einseitig zu Werke, sondern bemüht sich, Licht und Schatten gerecht zu verteilen, ohne die diplomatischen Fehler und Mißgriffe des alten Systems zu beschönigen oder zu verheimlichen. Denn man ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Wahrheit in umso klarerem Lichte erscheinen muß, je gewissenhafter man das Problem von allen Seiten beleuchtet. Für die unparteiische Erforschung der Kriegsursachen ist es ferner von unschätzbarem Werte, daß in Deutschland ein neues Regime am Ruder ist, während in anderen Ländern noch Männer maßgebenden Regierungseinfluß besitzen, die an der Schaffung der Kriegsatmosphäre von 1914 mehr oder minder aktiv beteiligt waren. Nur so war es möglich, daß ein Werk zustande kommen konnte wie die „Große Politik der europäischen Kabinette von 1870 bis 1914", das in 40 Bänden die amtlichen Dokumente der Vorkriegsperiode der Mit- und Nachwelt unterbreitet.

Wenn wir uns fragen, welche Bedeutung diese Frage für Canada oder für diesen Kontinent im allgemeinen hat, so müssen wir bedenken, daß davon für die Verständigung und Versöhnung sowie für den häufig so begeistert proklamierten Weltfrieden mehr abhängt als die meisten Canadier und Amerikaner ahnen. In den Ver. Staaten scheint man diese Tatsache allmählich einzusehen und zu würdigen. Gerade in den letzten Monaten wird dort von autoritativen Männern das Problem der Kriegsschuld eifrig erörtert und zwar meistens mit dem Resultat, daß man den Mittelmächten das Odium der Alleinschuld nicht aufbürden könne. In Canada hingegen gehen Presse und öffentliche Meinung um diese Frage wie die Katze um den heißen Brei herum. Die canadische Nation kann aber nicht erwarten, daß ein großes Weltvolk wie das deutsche ein ungerechtes Schulddurteil, das seine nationale Ehre aufs tiefste verletzt, auf Generationen oder gar auf immer und ewig ruhig und widerspruchslos hinnimmt. Wer den sehnlichen Wunsch hegt, den Frieden der Völker zu bewahren, muß auch die Forderung erheben, daß Wahrheit und Gerechtigkeit als die Grundpfeiler der internationalen Weltordnung allgemein anerkannt werden. Nur auf diesem Fundament ist ein aufrichtiges und ehrliches Verhältnis zwischen den Völkern möglich, nicht aber auf dem willkürlich konstruierten und erzwungenen Schuldbekenntnis des Versailler Vertrages.

Sklavenhandel.

Im südlichen Arabien, an der Küste des Roten Meeres, soll noch heute ein schwungvoller Sklavenhandel betrieben werden, der sich gewissermaßen unter den Augen der Engländer abwickelt. In der bekannten Hafenstadt Djeddah, wo die mit den Dampfern eintreffenden Mekkapilger landen, befindet sich kaum dreihundert Schritt vom britischen Konsulat entfernt ein regelrechter Sklavenmarkt, auf welchem jährlich Tausende von Menschen gleich Vieh verkauft werden. Wiederholt schon wurde deswegen die englische Regierung im Unterhause interpelliert, aber die Anfragen hatten keinen Erfolg. Der Sklavenmarkt blüht infolgedessen weiter, denn die Engländer sind nicht in der Lage, den Schlichen der schlauen arabischen Händler auf die Spur zu kommen.

Die Sklaven kommen zumeist aus Afrika, wo sie in verschiedenen Teilen des schwarzen Erdteiles gefangen und über den englisch-ägyptischen Sudan an die Küste geschmuggelt werden. Von dort schaffen sie die schnellen arabischen Fahrzeuge, die sogenannten Dhows, nachts übers Meer nach Arabien. Die britischen Fahrzeuge im Roten Meer vermögen dagegen nichts zu unternehmen, da sie in den dortigen Küstengewässern nicht manövrieren können. Den Küsten zu beiden Seiten des Roten Meeres sind Sandbänke vorgelagert, die sich fortwährend verändern. Hinter diesen Bänken verstecken sich die Dhows. Sind sie einmal in die Untiefen in der Nähe des Landes gelangt, so befinden sie sich wieder in Sicherheit vor den Kriegsschiffen, die ihnen dorthin nicht zu folgen wagen, weil sie festfahren würden.

In einem dieser Tage in Paris veröffentlichten Aufsatz lenkt Dr. Mezan, Vorsitzender der „Jewish Association", die Beziehungen zum Völkerbund unterhält, neuerlich die Aufmerksamkeit auf die traurigen Verhältnisse. Er bringt den arabischen Sklavenhandel auch deshalb zur Sprache, weil sich unter den Sklaven nicht blos Farbige befinden, sondern auch Weiße, zumal in Jemen vierzigtausend Juden in bitterster Armut leben, von denen viele sich in Sklaverei begeben müssen. Der Handel steht unter dem Schutz der dortigen mohammedanischen Herrscher. Die Einfuhr von Negersklaven ist im Königreich Hedschas offiziell anerkannt, besteht doch dort eine Sklavensteuer, die ungefähr 2 engl. Pfund per Sklaven ausmacht. Auf dem Markt in Djeddah kostet eine junge Negerin hundert bis hundertzwanzig Pfund Sterling, doch ist im Innern des Landes die menschliche Ware häufig weit billiger, da an zahlreichen Plätzen ein Ueberfluß an Sklaven herrscht, so daß man einen Neger schon für drei Pfund Sterling haben kann.

Der Koran verbietet zwar den Gläubigen, Glaubensgenossen zu Sklaven zu machen, aber die Neger sind ja Ungläubige, denen man die Freiheit nehmen darf. Juden und andere Weiße, die nicht dem Islam angehören, werden, sofern sie nicht unter dem speziellen Schutz einer europäischen Macht stehen, ebenso behandelt. So ist es nicht verwunderlich, daß in Jemen, das ein armes Land ist, jeder Mohammedaner mindestens einen Sklaven in seinem Haus hat. Die reicheren Leute besitzen vier bis fünf Sklaven. Die Zahl der Sklaven ist, wie Dr. Mezan angibt, in Arabien so groß, daß ihre Zahl jene der freien Menschen wahrscheinlich weit übertrifft. Aus Afrika werden übers Rote Meer alljährlich nicht weniger als zweitausend Negersklaven gebracht, aber es kommen Sklaven in bedeutender Zahl auch aus Transjordanien, von wo sie unter den Augen des englischen Oberkommissärs verschleppt werden. Die Sklavenkarawanen gehen zunächst immer nach Djeddah, wo der Hauptmarkt abgehalten wird. Im Innern des Landes werden die Unglücklichen dann weiter verhandelt. Jeder Sklavenbesitzer kann mit seinen Unfreien machen, was er will. Er darf sie wieder verkaufen, seinen Freunden leihen oder auch schenken. Die Mächte kennen diese Zustände, aber sie haben bisher nichts Zweckdienliches getan, um dieser Schande ein Ende zu machen.

„Nicht mehr stichhaltig."

„Das Urteil des Versailler Vertrages, wonach Deutschland und seine Verbündeten für den Krieg verantwortlich sind, ist auf Grund der verfügbaren Beweise für den Historiker jetzt nicht mehr stichhaltig. Es sollte daher revidiert werden. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob bei der allgemein herrschenden Auffassung in einigen Ententestaaten gerade jetzt eine formelle und rechtliche Revision zu empfehlen wäre. Zuerst muß durch Historiker eine weitere Revision des Urteils erfolgen und durch diese dann eine Revision der öffentlichen Meinung."

(Aus dem Buche „Der Ursprung des Weltkrieges" von dem amerikanischen Professor Sidney B. Fay.)

Deutsch als Weltsprache.

Nach einer Zusammenstellung der Neuen Züricher Zeitung steht die deutsche Sprache heute als Weltsprache an zweiter Stelle. Sie wird nur noch von der englischen Sprache übertroffen. Während vor hundert Jahren nur 32 Millionen Menschen die deutsche Sprache beherrschten, gibt es heute über 90 Millionen deutschsprechende Menschen. Französisch wird von 45 Millionen als Muttersprache anerkannt, Spanisch von 50 Millionen und Italienisch von 45 Millionen. Etwa 75 Millionen Nichtfranzosen haben in der Schule die französische Sprache erlernt. Unter den slavischen Sprachen beherrscht Russisch mit 120 Millionen die erste Stelle.

Weltumschau

Reichstag und Young-Plan. Nahezu alle Reichstagsführer betonten fast einstimmig, daß die Räumung des Rheinlandes durch die alliierten Truppen eine Vorbedingung für die Annahme des Young-Planes von seiten Deutschlands sei. Die Redner der verschiedenen Parteien vom linken bis zum rechten Flügel vertraten die Meinung des Kabinetts, daß der Young-Plan eine Grundlage für weitere Verhandlungen biete und stimmten mit Dr. Stresemann, dem deutschen Reichsaußenminister, überein, daß es ungelegen sei, den Young-Plan auf der bevorstehenden internationalen Konferenz näher zu erörtern.

Der Redner der Wirtschaftspartei äußerte, seine Haltung gegenüber dem Young-Plan hänge ganz von dem Resultat der internationalen Konferenz ab. Er meint damit selbstverständlich, daß seine Partei das Reparationsabkommen gutheißen wird, sofern die Alliierten bereit sind, das Rheinland zu räumen und das Saargebiet an Deutschland zurückzugeben.

Der Redner der Kommunistenpartei auf der anderen Seite charakterisierte das Young-Abkommen als einen weiteren Versuch der Alliierten, Deutschland zum Uebertritt zur vereinigten westlichen Front gegen Sowjet-Rußland zu zwingen.

Stresemann erwiderte auf Angriffe inbezug auf seine Rede bezüglich der auswärtigen Politik und betonte nochmals Deutschlands Bedarf an Rohmaterialquellen aus den Kolonien, die, wie er sich äußerte, unter deutscher Kontrolle stehen müssen. Im Zusammenhang damit unternahm Stresemann einen schweren Angriff auf die britische Politik in Ostafrika, indem er diese als unvereinbar mit dem Mandatsystem charakterisierte. Gleichzeitig unternahm Stresemann auch einen Angriff auf den Führer der Deutschnationalen, Hugenberg, der gegen die Regierung auftritt in Verbindung mit dem Reparationsabkommen. Hugenberg erklärte kürzlich, daß Deutschland nahe davor stehe, eine Kolonie der Franzosen und Engländer zu werden, was Stresemann damit beantwortete, daß sich ganz Europa in der Gefahr befinde, eine Kolonie jenes Landes zu werden, das glücklicher war als alle europäischen Nationen, womit er natürlich die Vereinigten Staaten meinte.

Dr. Stresemanns Rede vor dem Reichstag, besonders jener Abschnitt, in dem der Staatsmann Bezug auf den Young-Plan als ein provisorisches Abkommen nahm, wurde mit größter Unzufriedenheit in halbamtlichen Pariser Kreisen aufgenommen.

Gegen die Kriegsschuldlüge. Weibliche Mitglieder des Reichstages leiteten eine Massenversammlung ihrer Geschlechtsgenossinnen in Berlin, die als Protest gegen die Kriegsschuldlüge einberufen worden war. Der Besuch der Versammlung in der Philharmonie war so überwältigend, daß in einem benachbarten Gebäude eine zweite Versammlung angesetzt werden mußte.

Frau Clara Mende, ein hervorragendes Mitglied der Volkspartei und die erste Leiterin einer Abteilung im Reichswirtschaftsministerium, erklärte, daß die riesige Beteiligung an der Protestdemonstration deutlich zeige, daß die Entrüstung über die Lüge der angeblichen deutschen Schuld am Weltkriege tief im deutschen Volke wurzele.

„Der Versailler Vertrag hat Deutschland zerrissen und ihm unmögliche Grenzen gegeben," sagte Frau Annegrete Lehmann, ein anderes Mitglied des Reichstages. „Wir sind heute eine Nation ohne Waffen, ohne Land und ohne Brot. Wir müssen diesen Vertrag bekämpfen, wenn wir nicht wollen, daß wir auch ein Land ohne Zukunft werden."

Deutschvölkische Erfolge. Zum ersten Mal hat die radikale deutschvölkische Gruppe einen kleinen, aber entscheidenden Sieg errungen. Bei der Stadtwahl in Koburg gewannen sie die Mehrheit der Stadtratssitze und zwar 13 Mandate gegen 7 für die Sozialisten. Koburg ist ein Bollwerk der Monarchisten. Dort wohnen der frühere König von Bulgarien, dessen Großfürst Kyrill, Anwärter auf den Zarenthron, und andere Mitglieder ehemaliger regierender Fürstenhäuser.

Berichte über die Wahlen für den Landtag von Mecklenburg ergeben überraschende Gewinne der Deutschvölkischen, die ein gesamtes Votum von 12,554 Stimmen erzielten, im Vergleich zu 5589 Stimmen bei der vorangegangenen Wahl. Sie haben zwei Sitze gewonnen.

Enteignung des Fürsten von Liechtenstein. Der tschechische Oberste Gerichtshof hat die Entscheidung der Landkommissäre bestätigt, wonach der Fürst Johann II. von Liechtenstein den größten Teil seines riesigen Landbesitzes in der Tschechoslowakei im Umfang von 40,000 Ackern verliert. Nur 23 Schlösser und 392 Acker darf er behalten. Die anderen Ländereien werden vom Staate beschlagnahmt.

Im Berufungsverfahren suchte der Fürst geltend zu machen, daß er nur der formelle Besitzer seiner Ländereien sei, denn die Einkünfte dienten zum Unterhalt seines kleinen Fürstentums. Das Gericht jedoch entschied, daß nach den Gesetzen der Tschechoslowakei eine solche Begründung sich nicht aufrecht erhalten lasse.

Bulgarien und Serbien. Eine Meldung aus Sofia besagt, daß dort große Entrüstung und Empörung über die Erschießung von drei bulgarischen Untertanen, darunter zwei Frauen, von jugoslawischen Grenzwachen herrschte. Die Bulgaren erklären, daß alle drei Personen gültige Pässe gehabt hätten.

Sechs bulgarische Soldaten, sagte die Meldung weiter, seien ebenfalls von jugoslawischen Grenzwachen beschossen worden, als sie noch auf ihrem eigenen bulgarischen Gebiete waren. Ein Korporal soll dabei schwer verwundet worden sein. Außerdem wurde erklärt, daß jugoslawische Behörden mehr als 6000 Bulgaren in Lagern an der Grenze gefangen hielten. Die Regierung in Sofia soll eine Protestnote an die Belgrader Regierung vorbereiten.

Arbeiterregierung und Moskau. Die britische Arbeiterpartei hat die ersten Schritte unternommen zur Erfüllung der Wahlversprechen, nämlich der Wiederaufnahme der diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland. Die britische Regierung, so verlautet von zuverlässiger Seite, hat die Regierungen der Dominions verständigt, daß sie beabsichtigt, die Beziehungen mit Sowjetrußland zum erstenmal wieder seit 1927 aufzunehmen. Dies war eines der Versprechen, das von Arbeiterführern gegeben wurde. Die Verständigung der Dominions war nicht erforderlich und wird nur als ein Höflichkeitsakt von seiten der Arbeiterregierung betrachtet. Die konservative Regierung des Premiers Baldwin hatte den Dominions versprochen, daß sie verständigt werden würden, wenn die Regierung die Aufnahme der Beziehungen mit Sowjetrußland beschlossen habe.

Bekanntlich wurden seinerzeit die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abgebrochen auf Ersuchen Großbritanniens nach einer Polizeirazzia in dem Londoner Handelsbüro der Sowjetrepublik Arcos Ltd. Dokumente, von denen britische Behörden behaupteten, daß sie ein Beweis seien für ein ausgedehntes Spionagesystem der Sowjets in England, wurden entdeckt und daraufhin die Beziehungen abgebrochen, obwohl Sowjetrußland die Beschuldigungen in Abrede stellte.

Mohammedanische Fanatiker. Neun mohammedanische Fanatiker wurden in Russisch-Turkestan von dem Obersten Gericht der Sowjetrepublik Usbekistan wegen der Steinigung des bekannten mohammedanischen Dichters Tschekinzada zum Tode verurteilt, drei andere erhielten je fünf Jahre Einzelhaft, und 19 weitere wurden aus der Republik verbannt.

Der Prozeß dauerte drei Wochen und brachte die Grundsätze des Mohammedanismus ans Tageslicht, nach denen die Angeklagten handelten, als sie den Dichter zu Tode steinigten. Der Dichter war seit langen Jahren unter den Mohammedanern sehr beliebt gewesen, doch änderte sich dies, als er Kommunist wurde und stark für Sowjetprinzipien wie die Entschleierung der Frauen, genossenschaftliche Vermarktung und andere Abweichungen von den Lehren des Koran eintrat.

Dänisches Schiff gesucht. Das geheimnisvolle Verschwinden des dänischen Flottenschulschiffes „Kopenhagen" auf einer Fahrt über den südlichen Teil des Atlantischen Ozeans vor etwa sechs Monaten bleibt auch heute noch ein Rätsel trotz der vielen Versuche, etwas Näheres über das Schicksal des Schiffes in Erfahrung zu bringen. Eine Suche nach dem Schiff war ebenfalls erfolglos, wie eine Meldung aus Rio de Janeiro besagt.

Manin und Großrumänien. Anläßlich einer Gedächtnisfeier zu Ehren des rumän. Staatsmannes Take Jonescu in Sinaia erklärte Ministerpräsident Manin, daß Rumänien niemals einen Zoll von Siebenbürgen oder irgend einem anderen Gebiet abtreten werde, das hauptsächlich durch die Taten und den Patriotismus Jonescus und seiner Kollegen erworben wurde. Die Bemerkungen des Premiers wurden als Antwort auf die kürzlichen Reden von Premier Bethlen von Ungarn betrachtet und machten tiefen Eindruck.

Fortsetzung des Amerikafluges. Die Reparaturen an Hauptmann Ahrenbergs Flugzeug auf Island sind nunmehr vollendet und er wird seinen Flug von Stockholm nach New York fortsetzen, sobald es das Wetter erlaubt. Hauptmann Ahrenberg, Leutnant Flodon und Mobert Jungland wurden in Reykjavik, Island, zurückgehalten durch Störungen, zu deren Behebung ein Mechaniker hinzugezogen werden mußte. Die Junkers-Flugzeugwerke in Dessau, Deutschland, hatten auf Ersuchen einen Mechaniker entsandt.

Not u. Cholera in Indien. Bittere Not herrscht zur Zeit in den Distrikten Sylhet und Cachar in Indien, wo das durch wolkenbruchartige Regengüsse verursachte Hochwasser täglich weiter steigt und die Verbindung mit den dortigen Teepflanzungen unterbrochen ist. Die Plötzlichkeit, mit der die Ueberschwemmung hereinbrach, verursachte eine Panik unter den Bewohnern des Flußufers. Sie waren gezwungen, Eigentum und Viehbestand im Stich zu lassen und sich in die Berge zu flüchten. Das Dhalaital steht unter Wasser und in Bhanugach haben viele Personen den Tod durch Ertrinken gefunden. Die Schrecken der Ueberschwemmung werden in dem heimgesuchten Gebiet von mehr als 5500 Quadratmeilen noch vermehrt durch das Ausbrechen der Cholera, der täglich zahlreiche Personen zum Opfer fallen. In Karimangari sind Tausende von Wohnungen unter Wasser und gerade in diesem 1968 Meilen großen Distrikt tritt die Cholera am heftigsten auf. Das Hilfskomitee braucht täglich etwa $32,000 für die Unterstützung der Unglücklichen, und der Gouverneur von Assam hat selbst einen größeren persönlichen Beitrag an das Hilfskomitee gesandt.

Friede in Mexiko? Nachdem der päpstliche Delegat Erzbischof Leopoldo Ruiz y Flores dem mexikanischen Innenministerium einen Besuch abgestattet hatte, beschäftigte er sich mit der Abfassung eines Hirtenbriefes an die mexikanischen Katholiken, in den ein Gebet für den Frieden und für die Rückkehr zum Normalzustand eingeschlossen sein wird.

Bischof Pascual Diaz von Tabasko, der neben dem Erstgenannten bei dem Abschluß der Verhandlungen eine wichtige Rolle spielte, vollzog die erste öffentliche kirchliche Handlung seit dem Ende des religiösen Streites, als er den Sohn von Miguel Alemo Robles, einem bekannten Mitgliede der katholischen Partei, taufte.

Wie der Korrespondent der Zeitung „Prensa" berichtete, wurde eine zeitweilige Einstellung der Feindseligkeiten gegen die „Cristeros", die aus religiösen Gründen im Felde stehen, befohlen, um verschiedenen Führern Gelegenheit zu geben, die Waffen niederzulegen, eine Handlung, zu der sie schon vorbereitet sind.

Deutsche Erfolge im Orient.

In Tell-Aviv, der zionistischen Vorstadt von Jaffa, Palästina, war vom 8. April bis 6. Mai eine von rund 200,000 Personen besuchte Ausstellung und Messe. In erster Linie sollte sie die Produktion des jungen Gewerbes Palästinas, seiner Technik, seines Handwerks und teilweise auch seinen mehr landwirtschaftlichen Betrieb zeigen und inländische Käufer dafür werben; aber auch den nach Palästina importierenden Firmen war Gelegenheit gegeben, auf sich aufmerksam zu machen. Von den zur Verteilung gelangten goldenen Medaillen (1. Preisen) gingen 7 an deutsche Firmen.

Die im „Paradies der Dummen" leben.

„Wenn jemand glaubt, daß zwei männlich starke und fleißige Nationen wie Deutschland und Großbritannien in den nächsten zwei Generationen an Frankreich und die Vereinigten Staaten Tribut zahlen werden, muß er in einem Paradies der Dummen leben, das kein Pakt und kein Vertrag hinreichend schützen kann. Die amerikanischen Millionäre, deren Töchter englische Adelige heiraten und beim englischen Hofe eingeführt werden, sind zweifellos Englandfreunde. Aber die englischen und amerikanischen Völker können niemals wahre Freunde sein, solange die Schuldenwolke über ihnen hängt. Die Politiker der beiden Nationen würden gut daran tun, diese Tatsache rechtzeitig zu erkennen." — London Truth.

Unser wertvoller Schatz.

Von dem berühmten Deutschamerikaner Carl Schurz stammen die folgenden Sätze:

„Lassen Sie sich nicht durch den engherzigen Einwurf stören, daß es die erste Pflicht des Eingewanderten ist, Englisch zu lernen. Natürlich ist das seine Pflicht, sein offenbares Interesse. Niemand weiß es besser und würdigt das mehr als ich, und niemand hat es seinen Stammesgenossen beständiger gepredigt. **Aber ich habe nie verstehen können, daß man, um Englisch zu lernen, das Deutsche vergessen muß.** Die deutsche Sprache ist ein so wertvoller Schatz, daß unzählige Tausende, die ihn nicht besitzen, sich mit saurem Fleiß bemühen, ihn zu erwerben. Ist es nicht frevelhafter Leichtsinn, wenn einer, dem dieser Schatz sozusagen in die Wiege zum Geschenk gemacht worden ist, ihn veräußerlich wegwirft, statt ihn wie ein kostbares Kleinod zu pflegen?"

— Man hat Trotzky aus Rußland ausgewiesen. Aber nun fragt man sich: zur Belohnung oder zur Strafe? (Norfolk Ledger Dispatch.)

— Hoffen wir, daß der Kelloggpakt den Frieden wenigstens solange sichert, bis die Kreuzer fertig gebaut sind! (Fountain Inn Tribune.)

— Für manche Dinge muß man doch recht dankbar sein! So z.B. dafür, daß es noch keinen Tonfilm von einem Gummi-Kau-Wettbewerb gibt. (San Diego Union.)

Dr. Stresemann über den Young-Plan.

(Fortsetzung von Seite 1)

sier las seine sorgfältig ausgearbeitete Rede vom Manuskript ab, sah sich aber angesichts der zahlreichen Unterbrechungen von seiten der Rechtsparteien des öfteren genötigt, von seinem Text abzuweichen.

Deutschnationale beantragen Mißtrauensvotum.

Am Schluß der Debatte brachten die Deutschnationalen ein Mißtrauensvotum gegen Stresemann ein, das sie mit der Behauptung zu begründen suchten, die fünf Jahre seiner Amtstätigkeit hätten sich als vollständiger Fehlschlag erwiesen.

Eröffnet wurde die Debatte von Graf Westarp im Namen der Deutschnationalen. Er warf der Regierung zunächst vor, sie sei darauf bedacht, die Stimme des Volkes zu ersticken. Sieben volle Monate seien in die Lande gegangen, ohne daß es im Reichstag zu einer Aussprache über die Außenpolitik des Kabinetts gekommen sei. Dieses sei direkt unverständlich und unverantwortlich. Ernste Fragen hätten sich in diesen sieben Monaten aufgeworfen, wie das Minoritäten-Problem vor dem Völkerbundrat, die Reparationskonferenz in Paris und der Rücktritt Dr. Albert Vöglers als deutscher Delegat zu dieser Konferenz. Trotz alledem habe es die Regierung nicht für notwendig erachtet, diese Probleme im Reichstag zur Debatte zu stellen. Ein solches Vorgehen müsse als despotisch gebrandmarkt werden.

Der zehnte Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Friedens nahe heran, ein Tag der Trauer für das ganze Reich. Die sozialistischen Mitglieder des Kabinetts aber weigerten sich, an der für nächsten Sonntag angesetzten Demonstration gegen diesen Schandfrieden teilzunehmen.

Auf den Young-Plan zu sprechen kommend, erklärte Graf Westarp, der Dawes-Plan sei seinerzeit den Deutschen aufgezwungen worden. Nicht so der Young-Plan, dieser sei von den deutschen Vertretern aus freien Stücken angenommen worden. Seine Hinnahme sei deshalb um so ernster einzuschätzen. Mit aller Energie werde sich seine Partei der Gutheißung dieses Plans widersetzen, der einer Versklavung des deutschen Volkes auf Generationen hinaus gleichkomme.

Stresemanns scharfe Antwort.

Dr. Stresemann nahm die Einwürfe der Deutschnationalen einzeln auf und widerlegte sie mit beißender Schärfe. Soweit der Young-Plan in Betracht komme, sagte er, handle es sich einzig und allein darum, festzustellen, ob unter ihm die Reparationslasten des deutschen Volkes erleichtert oder erschwert würden. Er sei fest davon überzeugt, daß das erstere zutreffe. Die deutschnationale Behauptung, die Undurchführbarkeit des Dawes-Plans hätte zuerst praktisch erprobt werden müssen, ehe an dessen Revision herangetreten werden, beantwortete Stresemann mit der Erklärung, dieses hätte zu Zuständen führen müssen, ähnlich jenen, welche seinerzeit den Ruhrkonflikt nach sich gezogen. „Wir wollen freimütig zugeben," setzte er hinzu, „daß wir uns seinerzeit schwer geirrt, als wir glaubten, während des Ruhrkampfes durchhalten zu können."

Der Redner ließ jene denkwürdigen Ereignisse des Jahres 1923 kurz an den geistigen Augen seiner Hörer vorüberziehen und fügte dann hinzu: „Eines haben wir erreicht, das nämlich, daß die Mächte und der Völkerbund deutsch geblieben sind. Soweit die wirtschaftliche Lage in Betracht kommt, befanden wir uns sehr im Irrtum."

Die Deutschnationalen sollten sich darauf einstimmen, meinte er, daß auch sie, während sie sich in der Regierung befanden, nichts anderes zu tun vermochten, als die internationalen Verpflichtungen, welche das Reich auf sich genommen, zu erfüllen.

Wiederholend, die Sachverständigen seien absolut freie, unabhängige Unterhändler gewesen, erklärte der Redner, das Reichskabinett habe sich dazu verstanden, den Young-Plan als Grundlage einer kommenden internationalen politischen Konferenz hinzunehmen. Er lehnte es indeß ab, in Einzelheiten über die Haltung des Kabinetts einzugehen.

Hinsichtlich der Madrider Konversationen sagte Stresemann: „Es hätte das Ende solcher vertraulicher Unterredungen zu bedeuten, wenn sie zum Gegenstand von Parlamentsdebatten gemacht werden könnten. Soviel vermag ich indeß zu sagen, daß irgend welche Verhandlungen über die Räumung des Rheinlandes von Deutschland abgelehnt werden müssen, falls eine solche Räumung von der Errichtung der sogenannten Kommission der Versöhnung und Feststellung abhängig gemacht werden sollte. Wir haben durchaus nicht die Absicht, die Bedeutung des Locarno-Paktes irgendwie abzuschwächen und sind bereit, alle Verhandlungen über die Räumung im Sande verlaufen zu lassen, falls irgend ein Versuch gemacht werden sollte, erneut eine permanente Kontroll-Kommission in dem Gebiet zu errichten."

Zum Schluß wandte sich Dr. Stresemann dem bevorstehenden 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrags zu und erklärte, die Regierung stehe geschlossen hinter den Manifestanten soweit die Kriegsschuldlüge in Betracht komme, aber die Reparationsfrage sollte nicht mit der Schuldfrage verquickt werden. In den weitesten Kreisen der ganzen Welt werde die Ansicht Deutschlands in der Kriegsschuldfrage geteilt. „Es ist aber durchaus irrig," setzte er hinzu, „behaupten zu wollen, daß die Kriegsschulden das Resultat dieser einzigen Klausel des Versailler Vertrags seien, statt zu der Erkenntnis zu kommen, daß sie das Resultat eines verlorenen Krieges sind."

— Hawaii bringt jährlich 200,000,000 Kannen Ananas auf den Markt.